

Die Kavallerieschlacht im Nationalrat

25 Redner — Bundesrat Gnägi spricht am Montag

Am Donnerstag, am Schluss der zweiten Sessionswoche, erfolgte im Nationalrat die Auseinandersetzung um die Kavallerie, nachdem am Vortag noch die Haltung der Militärkommission durch Müller (freis, Solothurn) dargelegt worden war. Der Bundesrat beantragt mit Botschaft vom 13. März 1972 die Abschaffung der 18 Schwadronen umfassenden Kavallerie, um personell die Neugestaltung der Mechanisierten und Leichten Truppen sichern zu können. Mit dem von ihm gewünschten Bericht zur Frage einer teilweisen Beibehaltung der Kavallerie vom 16. August hielt er an seiner Auffassung auf Umrüstung und Umschulung der gesamten Kavallerie fest.

12 Schwadronen

Die Mehrheit der Kommission ist für die Beibehaltung von 12 Schwadronen, eine Minderheit I (Haller) unterstützt den Bundesrat und eine Minderheit II ist eventuell für Beibehaltung von 9 Schwadronen. Es lagen auch Anträge auf Nichteintreten und auf Beibehaltung von 6 Schwadronen vor. Eingeschrieben waren 25 Redner! Vorerst referierte noch Bochatay (cyp, Wallis) auf französisch.

Sechs verschiedene Anträge

Nichteintreten

Nach den Referenten kamen zuerst die sechs Antragsteller zum Wort. Schlappé (soz, Neuenburg) beantragte Nichteintreten. Wohl sei die berittene Truppe prozentual unbedeutend, man sollte sie aber doch aufrechterhalten, und zwar aus moralischen Gründen, im Hinblick auf die Pflege des Wehrgeistes. Man sollte uns nicht in allem und jedem die Technik aufzwingen lassen. Man sollte auch bedenken, dass wir eine Milizarmee seien.

Für «0 Schwadronen»

Haller (soz, Aargau) schloss sich für die Minderheit I dem Standpunkt des Bundesrates an: «Beibehaltung von 0 Schwadronen», wie er sagte. Die Armee müsse stark erhalten werden. Auch in der Armee müsse das Postkutschenzeitalter verkräftet werden. Behalte man die Kavallerie bei, müsse man kampfstärkere Truppen wie die Radfahrer zur personellen Verstärkung der Panzertruppen heranziehen.

Auch die Radfahrer hätten eine Tradition, sie seien zudem eine billige und schnelle Truppe, auch eine bescheidene Truppe,

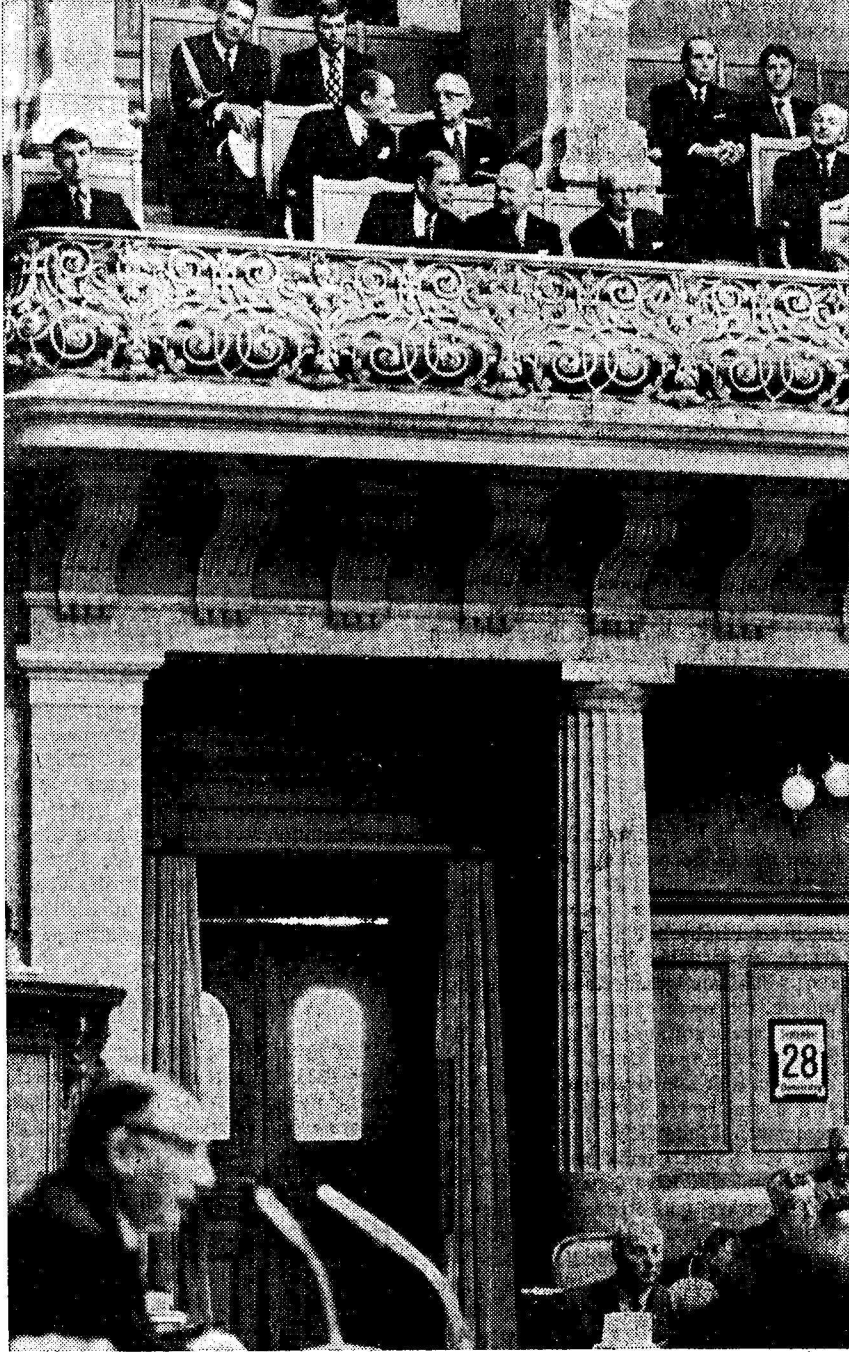
die nicht mit einem Sack voll Geld zum Festen antreten könne. Die ganze Diskussion habe man schon vor Jahren gehabt, nun sollte man endlich einmal den Schlussstrich ziehen. Er gebe aber zu, dass die Kavallerie eine einsatzfreundliche Truppe sei, aber auch beim Militär änderten sich die Zeiten. Der Rat sollte den Mut haben, heute im Sinne des Bundesrates zu entscheiden. Er mache nicht mit in «militärischem Heimatschutz».

9 Schwadronen

An Stelle des im Ausland weilenden Schürch (freis, Bern) begründete Bircher (soz, Bern) den Antrag der Minderheit II. Dem Antrag auf Abschaffung der Kavallerie könne die Logik nicht abgesprochen werden. Verständlich sei es auch, dass sich die Kavalleristen gegen die Auflösung wehrten. Die Beibehaltung von 9 Schwadronen wäre eine mittlere Lösung; diese sei in der Kommission mit nur 10 zu 7 Stimmen abgelehnt worden. Es wäre immer noch eine ansehnliche Truppe, die zu bestimmten Aufgaben eingesetzt werden könne. Die EMPFA würde, da sie Personal mangel aufweist, durch die Neuner-Lösung nicht betroffen. Für 9 Schwadronen werde man noch auf lange Zeit hinaus Mannschaft haben.

6 Schwadronen

Darauf ritt Albrecht (cyp, Nidwalden) mit 6 Schwadronen in die «Arena», d. h. er stellte in diesem Sinne Antrag. In einem technischen Materialkrieg könne er sich die Verwendung der Kavallerietruppe nicht



Der deutsche Bundespräsident Heinemann — rechts auf der Tribüne vor der Säule — verfolgt im Nationalrat die Kavalleriedebatte. (-oe-)

vorstellen. Die Panzertruppen benötigten den Mannschaftsbestand von 12 Schwadronen. Die verbleibenden 6 Schwadronen könnten in den Juragebieten eingesetzt werden. Man sollte nicht auf die Radfahrertruppe greifen.

18 Schwadronen

Darauf kamen die beiden Antragsteller zum Wort, die für Beibehaltung von 18 Schwadronen bzw. der ganzen Kavallerie waren. In diesem Sinne sprach Oehen (na, Bern). Mit den Kompromissvorschlägen könnte der angezweifelte militärische Wert dieser Truppe nicht aufgewertet werden. Sie wäre zu langsamem Siechtum verurteilt. Es handle sich um Einheiten mit hohen moralischen Werten. Entscheidend in kriegerischen Auseinandersetzungen sei auch noch heute der wehrwillige Mensch und nicht seelenlose Maschinen. Die Erfahrung im Umgang mit Tieren liege auch im Interesse der Sicherung einer Kriegswirtschaft. Die Reitertruppe ist mehr denn je ein Verbindungsfaktor zwischen Volk und Armee. Es wäre auch falsch, die Radfahrertruppe zu vermindern. Man könnte die Dienstpflicht auf das 19. Altersjahr vorverlegen, man könnte das Auszugsalter aber auch um zwei Jahre erhöhen, um die Bestandeskrise zu lösen. Das «Sterbenlassen in Raten», wie dies seit 20 Jahren geschehe, sei eine grausame Methode. — Einen gleichen Antrag begründete Barras (cyp, Freiburg).

Fraktionserklärungen

Als zweite Gruppe erschienen die Redner der Fraktionen am Rednerpult. Bommer (cyp, Thurgau) sprach für die CVP-Fraktion. Sie war für Eintreten. Für die Lösung der Bestandeskrise in der Armee brauche es eine generelle Lösung. Die large militärische Einnüsterungspraxis sei nicht mehr annehmbar. Lösungsmöglichkeiten für die Zukunft wären längere Dienstzeiten in Auszug und Landwehr. Nun brauche es 2600 Mann für die Panzertruppen. Diese seien nicht allein zu Lasten der Kavallerie zu beschaffen. Die Fraktion war mehrheitlich für 12 Schwadronen.

Die Dragoner müssten richtig eingesetzt werden. Bei der herrschenden «Mechanitis» scheine man sich darüber aber keine Gedanken zu machen.

Entscheidend für die Beibehaltung der Kavallerie sei das wehrpsychologische Element. Mit 12 Schwadronen begegne man der Gefahr, die Kavallerie zur Folkloretruppe zu degradieren.

Thévoz (lib, Waadt) bemerkte, dass seit Ende des letzten Krieges wiederholt versucht wurde, die Kavallerie zu reduzieren, mit mehr oder weniger Erfolg. Gewiss sei die Kavallerie nicht mehr die Schocktruppe von einst, könne aber immer noch wichtige Dienste leisten.

Man dürfe aber auch nicht die Popularität dieser Truppe ausser acht lassen, wie die Petition zeige.

der Verzicht auf die Kavallerie. Es sei ein mutiger Entscheid zu fällen. Die grosse Mehrheit der Fraktionen sei für 0 Schwadronen.

Sprecher der freisinnig-demokratischen Fraktion war Richter (Neuenburg). Er machte aufmerksam, dass das Parlament seine früheren Beschlüsse betreffend die Mechanisierung der Armee zu beachten habe. Für die Planungsleute des EMD sei es tatsächlich nicht leicht, die heutigen Mannschaftsprobleme zu lösen. Er erkundigte sich, wie lange noch die heutige Truppenordnung im Hinblick auf die Bestandeskrise aufrechterhalten werden könne. Die Opposition der Kavalleristen gegen die Auflösung ihrer Truppe sei verständlich. Die Fraktion ist gegen eine solche. Die Kavallerie könne, auch wenn eine Reduktion erfolge, immer noch wichtige Aufgaben lösen, so im Jura. Die Deutschen und die Russen hätten bis 1945 berittene Truppen aufrechterhalten. In der Fraktion habe es verschiedene Meinungen gegeben, man sei aber gegen die Auflösung der Kavallerie und gehe wahrscheinlich in der Richtung von 12 Schwadronen.

Baumann (svp, Aargau) teilte mit, dass die Fraktion der SVP bereit sei, auf eine beschränkte Aenderung der Truppenordnung einzutreten. Die Fraktion sei sich bewusst, dass die Mittel für die Landesverteidigung zweckmässig einzusetzen seien. Man dürfe aber nicht ohne weiteres die Lösungen anderer Staaten zum Vorbild nehmen. Die Botschaft versuche auf schmalen Pfaden möglichst viel zu erreichen.

Man hätte schon bei der Panzerbeschaffung auf die Bestandeskrise hinweisen und nun wenigstens Alternativen vorschlagen sollen.

Die Kommission habe mit Recht vom Bundesrat einen Zusatzbericht verlangt. Ein Ausspielen der Kavalleristen und der Radfahrer, die ebenfalls eine wichtige Truppe seien, würde die Fraktion ablehnen. Verschiedene Faktoren habe der Bundesrat ausser acht gelassen (Wetter, Treibstoffreserven usw.). Gegenüber einer Grossmacht könnten wir höchstens eine ehrenvolle Bewährung anstreben. Dies bedeute, dass wir einer Entscheidungsschlacht im Mittelland ausweichen müssten. Er schilderte die gute Kampfmoral der Reitertruppe. Das Pferd bleibe ein wichtiger Kamerad für den Bauern und Soldaten, habe General Guisan seinerzeit gesagt. Ausser vielen Vorteilen besitze der Helikopter gegenüber der Reitertruppe verschiedene Nachteile. Die Kosten für die EMPFA usw. seien viel zu hoch veranschlagt worden. Mit starker Mehrheit war die Fraktion dafür, dass 12 Schwadronen beizubehalten seien.

10.15 Uhr wurde bekannt, dass sich noch drei Redner eingeschrieben hatten, womit die Zahl auf 28 stieg. Die Rednerliste wurde geschlossen.

Wagner (soz, Basel-Land) sagte, er habe die nicht leichte Aufgabe für eine «in verschiedene Schwadronen aufgeteilte Fraktion» zu sprechen. Im Namen der

Mehrheit empfahl er gemäss Antrag des Bundesrates die Auflösung der Kavallerie. Die Bauernsöhne von heute seien mit dem Motor besser vertraut als mit dem Pferd.

Er hatte Bedenken gegen eine Gesamtüberführung der Schwadronen in Panzerverbände, die berufliche Mischung der Einheiten sei besser.

Die Beibehaltung von 12 Schwadronen wäre zu kostspielig. Eine Schwächung der Radfahrertruppen sei militärisch und politisch nicht angängig. Es wäre nicht zu verantworten, auf die Flugzeugbeschaffung aus Kostengründen zu verzichten und anderseits die grossen Mittel für die Kavallerie einzusetzen. Die Mittel müssten dort eingesetzt werden, wo die grösste Wirkung erzielt werde.

Für die Republikaner sprach Schwarzenbach (Zürich). Er war der Meinung, dass der Ergänzungsbericht des Bundesrates ebenfalls auf Todesstoss gegen die Kavallerie ausgerichtet sei. Von der Grundwelle in unserem Volke (Petition) wolle der Bundesrat nicht viel wissen. Vor den «Münchensteinern» ziehe der Bundesrat dagegen den Hut.

Die Petition sei eine eindruckliche treue Kundgebung für die Landesverteidigung, darüber sollte sich der Bundesrat doch freuen.

Der Bundesrat stehe im Zeichen der Ohnmacht, auch in der Flugzeugfrage. Es handle sich bei der heutigen Frage nicht um eine solche von Sentimentalitäten, sondern um eine solche der Realität. Die «Mechanitis» habe in kriegsnahen Manövern ihre Schattenseiten gezeigt. Die Fraktion war für Nichteintreten oder dann für den Antrag Oehen (Beibehaltung aller 18 Schwadronen), eventuell für 12 Schwadronen. Damit hatten alle Fraktionsredner gesprochen.

Während dieses Votums erschien der deutsche Bundespräsident Heinemann mit Bundespräsident Celio auf der Gästetribüne des Rates (vgl. den Sonderbericht) und suchte nachher den Salon des Nationalratspräsidenten auf. Wegen dieser vorübergehenden Beanspruchung des Präsidenten und des Vizepräsidenten hatte der Nationalratspräsident des Jahres 1966/67 (Schaller, freis, Basel-Stadt) den Vorsitz zu übernehmen, da alle dessen Nachfolger aus dem Rat ausgeschieden sind oder abwesend waren.

Der Abschluss der Debatte

10.50 Uhr setzte die grosse Reihe der Einzelvotanten ein (Redezeit 10 Minuten). Auch hier gingen die Meinungen auseinander, wobei mit bereits bekannten Argumenten gefochten wurde. Nachträglich verzichteten drei Redner. Mit der Berner Regierung brachen folgende bernische Votanten für die Beibehaltung der Kavallerie entschieden eine Lanze: Tschumi, Schnyder, Ueltschi (alle svp) und Rubi (soz). Simon Kohler musste auf sein Votum verzichten, weil er wegen Staatsbesuch-Verpflichtungen nicht anwesend sein konnte.

Es kam noch zu Schlussworten der Kommissionsreferenten. Persönlich war Kommissionspräsident Müller der Meinung, dass wenn schon eine Kompromisslösung gesucht werden müsse, dass dann die Lösung mit 9 Schwadronen die bessere Lösung wäre, da sie am wenigsten Schwierigkeiten brächte. Die Kommission empfahl in ihrer Mehrheit nochmals, es seien 12 Schwadronen beizubehalten. Hier wurde die Beratung um 12.35 Uhr

Heinemann und die Dragoner

Der deutsche Bundespräsident besuchte das Parlament

ft. Im Bundeshaus, wo sonst jedermann fast ungehindert ein und ausgehen kann, herrschte am Donnerstagmorgen Ausweisungspflicht. Während die Eingangshalle für den Besuch des deutschen Bundespräsidenten Heinemann hergerichtet und festlich geschmückt wurde, nahm im Nationalratsaal die Debatte um die Kavallerie ihren Fortgang. Anhand der Rednerliste — 28 Ratsherren hatten sich zum Wort gemeldet — begann man abzuzählen, wem wohl die Ehre zufallen würde, vor dem deutschen Gast zum umstrittenen Thema Stellung zu nehmen.

Kurz nach halb elf öffnete sich die Türe auf der Zuschauertribüne, und Bundespräsident Heinemann betrat in Begleitung von Bundespräsident Celio den Ratsaal. Der Fraktionssprecher, der gerade das Wort hatte, stockte kurz und beendete dann den angefangenen Satz. Darauf begrüßte Nationalratspräsident William Vontobel den hohen Gast und fuhr dann trocken fort: «Wir setzen die Beratungen fort — Herr Schwarzenbach hat das Wort.» Nach fünf Minuten verliess Bundespräsident Heinemann die Tribüne wieder.

Die Tessiner und die Deutschen

sda/upi./dds. Im Büro des Nationalratspräsidenten traf dann Heinemann mit den Präsidenten und Vizepräsidenten der beiden Räte zusammen. Nach dem Hinweis von Bundespräsident Celio auf die derzeit starke Vertretung der italienischen Schweiz in den Spitzenpositionen der Eidgenossenschaft (Bundespräsident, Präsidium der eidgenössischen Räte und des Versicherungsgerichtes) erklärte Dr. Heinemann lächelnd, dass offensichtlich die Tessiner in Bern die Macht übernommen hätten. Nationalrats-Vizepräsident Franzoni stimmte zu und fügte bei: «Weil die Deutschen im Tessin die Macht innehaben.» Diesem Treffen folgte eine Zusammenkunft mit Berner Persönlichkeiten im Rathaus.

Der Entspannung gewidmet war der Nachmittag des zweiten Tages des Staatsbesuches. Während der Bundespräsident und Aussenminister Walter Scheel eine Fahrt ins Berner Oberland unternahmen, besuchten ihre Gattinnen den Kunstmaler

Auf dem Wege zum Kompromiss

of. Die Kavallerie und die Freunde der Kavallerie dürfen fürs erste zufrieden sein: Am Schlussstag der zweiten Sessionswoche haben sich die Anhänger der Reitertruppe kraftvoll für ihre Beibehaltung in die Schanze geschlagen, nicht nur mit wehrpsychologischen, sondern auch mit militärischen Argumenten. Sie wiesen nach, dass es in unserem coupierten Lande für die Schwadronen weiterhin wichtige Aufgaben gibt, namentlich im Bereich des Juras. Die Diskussion weitete sich zur Armeedebatte aus.

Es wurde von verschiedenen Votanten geltend gemacht, dass eine allgemeine Bestandeskrise bestehe. Schon 1964 habe man bei der Behandlung der Panzer-Vorlage gewusst, dass man für die Panzertruppen Leute benötigen werde. Es wurde bemängelt, dass es der Bundesrat nun bei dieser Vorlage unterlassen habe, Alternativvorschläge zu machen, zum Beispiel die Herabsetzung des Wehrpflichtalters oder die Ausdehnung des Auszuges um zwei Jahrgänge.

Das die mechanisierten Truppen 2600 Mann benötigen, war im Ratsaal, in dem die Meinungen quer durch die Parteien gingen, unbestritten. Man stritt sich dagegen um die Frage, wer zugunsten der Kavallerie Haare zu lassen hätte. Hier kamen die Radfahrertruppen in die Schusslinie, die aber ebenfalls über entschlossene Verteidiger im Parlament verfügen.

Noch steht die Stellungnahme des Bundesrates durch Bundesrat Gnägi aus — diese erfolgt am Montagnachmittag —, so wie die Dinge nach den Erklärungen der Fraktionen und der vielen Einzelvotanten liegen, zeichnet sich ein Kompromiss, eine Mittellösung ab. Dabei hält es schwer zu sagen, ob man sich für 12 oder für 9 Schwadronen bzw. einen Abbau um 6 oder 9 entscheiden wird. Kommt es zu diesem Entscheid, wird es sich dann relativ rasch erweisen, ob nicht trotz Beibehaltung der Kavallerie dieser doch der Todesstoss wurde. Die einzig wirkliche Garantie für die Beibehaltung der Kavallerie, einer in jeder Hinsicht wertvollen Truppe, bietet nur die Aufrechterhaltung von 18 Schwadronen. Ein Kompromiss ist mit allerhand Risiken verbunden.

Leider wagte dieses Mal keine Nationalrätin einen Parlamentsritt.

abgebrochen und die Sitzung geschlossen. Bundesrat Gnägi wird am Montag, 15.30 Uhr, antworten.

Hans Erni in Meggen am Vierwaldstättersee und unternahm einen Ausflug auf den Bürgenstock.

Am Donnerstag tauschten Gastgeber und Staatsgäste auch ihre Geschenke aus. Vom Bundesrat erhielt Heinemann eine goldene Taschenuhr und seine Frau Hilda eine wertvolle Armbanduhr. Mit der Skulptur «Gelenkkörper» des deutschen Künstlers Günter Olbein revanchierte sich Heinemann beim Bundesrat.

Den gesellschaftlichen Abschluss des zweiten Besuchstages bildete ein festliches Essen, das Heinemann am Abend im Lohn dem Bundesrat gab. Vor seiner Rückreise nach Bonn fliegt der Bundespräsident heute morgen nach Genf. Dort besucht er das Internationale Komitee vom Roten Kreuz sowie das ökumenische Zentrum der Kirchen. Vor dem Genfer Staatsrat wird der Präsident eine Rede halten.

Gastarbeiterprobleme im Vordergrund

Die Gespräche, die der deutsche Bundespräsident Gustav Heinemann am Donnerstag mit Bundesrat Ernst Brugger, BIGA-Direktor Albert Grubel und dem stellvertretenden Direktor der eidgenössischen Fremdenpolizei, Dr. Guido Solari, führte, sprengten den üblichen Rahmen eines Staatsbesuches. Da er sich persönlich sehr für Gastarbeiterfragen interessiert und diese in der Schweiz ebenfalls aktuell sind, nahm Heinemann die Gelegenheit wahr, diese Probleme mit den zuständigen schweizerischen Persönlichkeiten zu erörtern.

Im Vordergrund der Gespräche, die Aussenminister Walter Scheel mit Bundesrat Pierre Graber und Chefbeamten der Bundesverwaltung führte, stand die europäische Politik: die EWG-Gipfelkonferenz, die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, die möglichen Verhandlungen über eine Reduzierung der Truppen und der Rüstung, die Probleme, die sich nach der EWG-Entscheidung in Norwegen stellen, der Stand der Verhandlungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR sowie die Bekämpfung des Terrorismus.